

Medienkonferenz
Schweizer Wirtschaft gegen Minarettverbot
Montag, 2. November 2009

Es gilt das gesprochene Wort

Die Minarett-Initiative schadet der Wirtschaft

Staats- und standortpolitische Gründe sprechen gegen ein Minarettverbot

Gerold Bührer, Präsident economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Medienkonferenz der Wirtschaft zur Minarett-Initiative. Die um mich versammelten Persönlichkeiten sprechen heute nicht nur als Vertreter der Wirtschaft zu Ihnen, sondern auch als Staatsbürger. Die Initiative „Gegen den Bau von Minaretten“ ist zwar kein Kernthema der Wirtschaft, aber sie trifft den Standort Schweiz. Auf dem Spiel steht der ausgezeichnete Ruf unseres traditionell liberalen, offenen und toleranten Landes. Ich trete heute vor die Medien, um zum einen als Staatsbürger unsere freiheitlichen Werte hochzuhalten. Zum anderen ist es eine Notwendigkeit, als Vertreter der Schweizer Unternehmen darauf hinzuweisen, dass die Minarett-Initiative auch der Standortattraktivität der Schweiz abträglich ist.

Demokratie, Offenheit, Toleranz und Neutralität gehören zu den unumstösslichen Werten der Schweiz. Die Meinungsäusserungs- und Religionsfreiheit sind eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Diese Werte erlauben es unserem Land immer wieder, auf internationalem Parkett als eine respektierte und geschätzte Vermittlerin aufzutreten. Die Minarett-Initiative verlangt nun, dass wir damit brechen. Das verletzt den liberalen Geist, ist unschweizerisch und zieht unser Ansehen im Ausland in Mitleidenschaft.

Die geltende Rechtsordnung ist unserer Ansicht nach ausreichend. Die Schweiz verfügt erstens über ein gut funktionierendes Bau- und Raumplanungsrecht. Die Bauvorschriften sind streng. Zweitens besteht auf lokaler Ebene die Möglichkeit der Bürgerinnen und Bürger, Einsprachen zu erheben. Bezüglich des Baus von Minaretten genügen die geltenden Gesetze. Es ist eine Tradition der Schweiz, dass die Bevölkerung dezentral und eigenständig Probleme löst. Ein flächendeckendes und in der Bundesverfassung festgeschriebenes Minarettverbot ist auch aus diesen Gründen überflüssig und widerspricht unserer föderalistischen Kultur. Selbstverständlich fordern auch wir darüber hinaus die Einhaltung des schweizerischen Rechts seitens der muslimischen und anderer religiöser Gemeinschaften ein.

Lassen Sie mich einige Worte zu den wirtschaftlichen Folgen der Minarett-Initiative sagen. Im vergangenen Jahr exportierte unser Land Waren im Wert von fast 15 Milliarden Franken in muslimische Länder. Das sind sieben Prozent unserer Exporte. Dass ein Minarettverbot der Schweizer Wirtschaft schaden würde, ist klar. Schweizer Produkte und Firmen könnten boykottiert werden. Oder denken Sie auch an den Tourismus und unseren Finanzplatz. Zahlreiche Anleger stammen aus dem arabischen Raum. Verschiedene Banken aus dem islamischen Raum sind auf dem Schweizer, vor allem Genfer, Finanzplatz präsent. Auch die Schweizer Banken sind seit einigen Jahren auf Finanzplätzen wie Dubai sehr aktiv. Ein Minarettverbot wäre ein falsches Zeichen. Es ist daher nicht nur aus staatspolitischen Gründen, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht abzulehnen.

Meine Damen und Herren, die Minarett-Initiative sendet falsche Signale. Wir Unternehmerinnen und Unternehmer in der Schweiz sind nicht nur auf optimale Rahmenbedingungen angewiesen, sondern auch auf das Label „Swiss Made“. Das Label „Schweiz“ steht im Ausland für hohe Qualität, zugleich aber auch für Freiheit, Offenheit und Rechtsstaatlichkeit. Wir stehen ein für diese freiheitlichen Werte und für einen Geist der Toleranz. Aus diesem Grund lehnen wir als Staatsbürger und Vertreter der Wirtschaft die Minarett-Initiative mit aller Deutlichkeit ab. Mit dieser Botschaft übergebe ich gerne das Wort meinen Mitreferenten.